

mäßiger Abstimmung mit den beteiligten Trägern durch das BMZ verantwortet.

Das Aufgabenspektrum soll entlang folgender Problemstellungen entwickelt werden:

- Stärkung von Friedenspotentialen, vertrauensstiftende Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien; Aufbau von Informations- und Bildungsstrukturen und -programmen zur Bekanntmachung und Erklärung von Friedensaktivitäten und zum Abbau von Vorurteilen,
- Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessensgruppen, Ethnien, Religionen, Mitwirkung bei der Beobachtung und Förderung der Menschenrechts- und Demokratiesituation;
- Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau (einschließlich der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene).

Der Unterschied zu den bisherigen Maßnahmen der personellen Entwicklungszusammenarbeit liegt darin, daß es dem ZFD um gezielte Maßnahmen zur Förderung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten und Konfliktpotentialen geht. Mittel- bis langfristig soll über den ZFD ein Personalpool von Fachkräften entstehen, auf den die Bundesregierung dann auch für Missionen der OSZE oder UN zurückgreifen kann.

Es ist ganz offensichtlich gelungen, verschiedene Gruppen und Institutionen zu einer konstruktiven Kooperation zu be-

wegen. An der Art, wie in den nächsten Jahren Nichtregierungsorganisationen und Staat miteinander umgehen, wird sich erweisen, inwieweit das Bewußtsein für die Notwendigkeit verstärkten zivilgesellschaftlichen Einsatzes in der Konfliktbearbeitung gewachsen ist.

So erfreulich die Entwicklung hin zum ZFD ist, so deutlich ist aber auch vor einer Überschätzung und damit auch Überforderung dieses Instruments zu warnen. Seine nachhaltige Wirksamkeit entfaltet es letztlich nur, wenn es in einen auf Kohärenz zielenden politischen Gesamtzusammenhang integriert ist, in dem die Reform der Vereinten Nationen, die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ebenso zu diskutieren sind, wie Fragen der Rüstungskontrolle oder der konfliktpräventiven Diplomatie.

Der ZFD soll nach drei Jahren einer Evaluierung unterzogen werden. Es steht zu erwarten, daß im Kontext des ZFD wichtige neue Erfahrungen bezüglich ziviler Konfliktbearbeitung gewonnen werden können. Diese Erfahrungen auszuwerten und somit die Konzeptdebatte voranzutreiben, ist sicherlich eine der Aufgaben, denen sich die Träger der Friedensfachdienste stellen sollten. So viel ist gewiß: die Diskussionen um die zivile Konfliktbearbeitung im Allgemeinen und um die Friedensfachdienste im Besonderen haben Wichtiges beigetragen zur politischen Bewältigung des Epocheneinschnitts von 1989. Auch in Zukunft darf von dieser Diskussion noch einiges erwartet werden.

Jörg Lürer

## Drohender Identitätsverlust

### Zur alternativen Nutzung von Kirchengebäuden

*Drastisch zurückgehende Finanzmittel, aber auch der Rückgang der Gottesdienstbesucher legen den Kirchen nahe, ihren Bestand an Gotteshäusern unter Rentabilitäts Gesichtspunkten zu überprüfen. Matthias Ludwig, evangelischer Theologe, Kunstgeschichtler und langjähriger Mitarbeiter am EKD-Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart in Marburg, belegt die Notwendigkeit, über alternative Nutzungen von Kirchen nachzudenken, und bewertet vollzogene Umbauten.*

Katholische Diözesen wie evangelische Landeskirchen verfügen in den alten Bundesländern über ein stattliches Bauvolumen, überkommen aus Zeiten, da sie noch ganz auf Wachstum ausgerichtet waren. Doch diese sind längst vorbei – und gerade die vom Mitgliederschwund am ärgsten gebeutelten Gemeinden innerhalb sowie am Rande der Innenstädte verfügen heute über den vergleichsweise größten Baubestand: Während Geschäfte, Gaststätten und Verwal-

tungsstellen auf die Übersiedlung vieler Bewohner ins stadtnahe Umland und damit einhergehenden, teils drastischen Bevölkerungsrückgang mit Schließung reagierten, hielten die Kirchen an ihren in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren enorm erweiterten Kapazitäten fest.

Zu Zeiten voller Kassen machte sich dies kaum negativ bemerkbar. Vielmehr nutzten die Gemeinden das große

Platzangebot zur immer weiteren Ausdifferenzierung ihrer Aktivitäten oder überließen freiwerdende Räumlichkeiten – oft kostenfrei – Gruppen aus dem gemeindlichen Umfeld. Einzig die meist kaum flexibel nutzbaren Kirchengebäude

Architekten und Theologen, Denkmalschützer und Bauexperten haben Mitte September auf dem Evangelischen Kirchbautag mehr Ideenreichtum zur Erhaltung von Kirchengebäuden gefordert. Alle Deutschen stünden in der Verantwortung, die Pflege ihrer Kirchengebäude nicht zu vernachlässigen. Der 1949 in Lübeck zur Unterstützung des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete Evangelische Kirchbautag feierte in Hamburg sein 50jähriges Bestehen.

zeigten immer größere Leere: So standen in manchen Großkirchen des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts sowie in den Nachkriegs-Neubauten Kapazitäten von 500, 1000, 1500 oder gar noch mehr Sitzplätzen manchmal nur noch 30 bis 50 sonntägliche Gottesdienstbesucher gegenüber.

Nicht wenige Gemeinden überlegten denn auch schon in der Vergangenheit, solchermaßen überdimensionierte Kirchengebäude baulich zu verändern oder gar aufzugeben und sich ins Gemeindehaus zurückzuziehen. Indes ließen kirchliche Finanzverhältnisse und -systeme lange Zeit das Festhalten am Gebäude-Überhang zu, so daß allfällige Entscheidungen zugunsten nachhaltiger Anpassung an die Verhältnisse immer wieder hinausgeschoben werden konnten. Emotional heftige Auseinandersetzungen wurden auf diese Weise vermieden, möglicherweise aber auch manche Gelegenheit, Rücklagen zukunftsweisend einzusetzen, versäumt.

Denn jetzt, da die Kassen mehr und mehr gähnende Leere aufweisen, lassen sich tiefgreifende Einschnitte nicht mehr umgehen. Und wenn dann, 40, 50 Jahre nach Wiederauf- oder Neubau auch noch größere Sanierungsmaßnahmen an Beton und Stahlkonstruktion anstehen, wird zwangsläufig immer öfter über Verkauf, Abgabe oder gar Abriß nachgedacht: Sieht sich die Evangelische Kirche von Hessen und Nassau doch beispielsweise gezwungen, in den nächsten Jahren ihren gesamten Baubestand mit knapp 4500 Gebäuden, darunter rund 1400 Kirchen, auf zureichende Rentabilität zu prüfen. Ziel ist es, die Aufwendungen für den Bauunterhalt auf die Hälfte zu reduzieren, um so die kirchlichen Haushalte zu entlasten. In Frankfurt am Main, wo dieser Schnitt bereits im vergangenen Jahr erfolgt ist, ringen zahlreiche evangelische Gemeinden um den Erhalt ihrer Gebäude: Kirchen wie Gemeindezentren oder Gemeindehäuser.

Ganz ähnlich die Situation in vielen, vor allem städtischen Regionen der anderen westlichen Landeskirchen, aber auch auf *katholischer Seite*: So ist es in und um Köln in den letzten Jahren bereits zu einigen Abgaben katholischer Gotteshäuser

an andere christliche Konfessionen – vor allem an orthodoxe Kirchen – aber auch an Privatleute gekommen. Und selbst im traditionell kirchenfreundlicheren Süden zeigt sich mehr und mehr der Schwund, ist der katholische Kirchenbesuch in München mit einem Schnitt von heute nurmehr vier bis sechs Prozent auf geradezu protestantisches Niveau abgesunken.

Längst auch auf dem flachen Land angekommen ist diese Problematik in den *neuen Bundesländern*, wo sich die Gesamtsituation noch weitaus dramatischer darstellt: Angesichts extrem niedriger Gemeindegliederzahlen beklagen die dortigen evangelischen Landeskirchen seit der „Wende“ eine anhaltend akute Finanzschwäche. Kaum kann das Personal selbständig finanziert werden, mußte zum Beispiel in der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg) die Zahl der Pfarrstellen kürzlich um 50 Prozent reduziert werden. Für die dringend notwendige Sanierung zahlloser Kirchengebäude, zu DDR-Zeiten weitenteils in Verfall geraten, bleibt da kaum etwas übrig.

### Es ist mit katastrophalen Verlusten an kirchlicher Bausubstanz zu rechnen

Kommt bei einem auf über 13 Milliarden Mark hochgerechneten *Sanierungsbedarf* für die evangelischen Kirchengebäude in Ostdeutschland keine Hilfe vom Staat und aus der Öffentlichkeit, ist in den kommenden Jahren mit geradezu katastrophalen Verlusten zu rechnen: So geht die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg davon aus, künftig bis zu zwei Drittel ihres bisherigen Baubestandes nicht mehr halten zu können. In der Kirchenprovinz Sachsen kann die in den letzten 50 Jahren auf rund ein Sechstel zusammengeschrumpfte Schar der Kirchenmitglieder für ihre Kirchengebäude, deren Anzahl im gleichen Zeitraum in etwa konstant blieb, schon längst nicht mehr zureichend aufkommen.

Auch im katholischen Bereich sieht die Situation nicht günstig aus. Zwar befindet man sich hier seit der Reformation – mit Ausnahme weniger Landstriche wie dem Eichsfeld – in einer Minderheitensituation und verfügt demgemäß über einen weit geringeren Gebäudebestand als die Evangelischen. Doch auch die Zahl der Katholiken hat sich im Gebiet der ehemaligen DDR in den letzten Jahrzehnten verkleinert – mit der Folge, daß Diözesen wie Gemeinden bei der Sanierung und Unterhaltung ihrer Gebäude zunehmend an finanzielle Grenzen stoßen.

Fügt man diese Bilder zusammen, scheint auf protestantischer Seite, wo allein demographische Entwicklungen weiteren immensen Mitgliederschwund erwarten lassen, mindestens in einigen Ballungsgebieten aber auch in dem ein oder anderen Bistum ein Ausverkauf der Kirchen bevorzustehen.

Indes stellt sich die Frage, ob sich Kirchen und Gemeinden durch ein solches „Gesund schrumpfen“ nicht ihrer eigenen Möglichkeiten berauben: Ragen doch die Kirchengebäude mit ihren hohen Türmen geradezu zeichenhaft in die Welt, ja in die Gesellschaft hinein und bieten damit herausragende, in ihren Chancen und Potentialen allerdings oft kaum zu reichend genutzte Orte aktiver Lebens- und Glaubenskommunikation.

Ein Blick auf unsere westlichen Nachbarn *Großbritannien* und die *Niederlande* mag diese Überlegung geradezu plastisch verdeutlichen: So hat die dort seit Jahrzehnten zu verzeichnende Säkularisierung Kirchenleitungen und Gemeinden dazu veranlaßt, eine Vielzahl von Kirchengebäuden aus Rentabilitätsgründen aufzugeben. Die Zeichen der Zeit konnten damit jedoch nicht aufgehalten werden, statt erhoffter Konsolidierung geht es eher weiter bergab.

Verfügte die katholische Kirche in Amsterdam 1970 noch über 44 Kirchengebäude, sind es 30 Jahre später nicht einmal mehr 20. Ebenso haben die Niederländischen Reformierten in den letzten Jahren bis zu 40 Prozent ihrer Kirchengebäude aus Kostengründen abgestoßen. Damit einher ging ein enormer *Traditionsbruch* und *Identitätsverlust*, der sich auf das kirchliche Image vielerorten negativ auswirkt: Die Kirchen ziehen sich zurück – und marginalisieren sich dabei selbst. Der einmal eingeschlagene Rückzug wird zum unaufhaltsamen Niedergang, geradezu zum Teufelskreis.

Das zeigen auch Erfahrungen aus der ehemaligen DDR: Dort mußten zahlreiche Gemeinden ihre Kirchen aufgeben und verlassen, weil sie deren Erhaltung unter den mannigfachen Bedrängnissen kirchenfeindlicher Staatspolitik nicht gewährleisten konnten. Stattdessen zogen sie sich zurück ins Gemeinde- oder gar Pfarrhaus – und verschwanden so nach und nach aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Staatlicherseits war das gerade recht, aus dem Blickwinkel der Kirche aber fatal: Verlangt das Evangelium doch nicht nach Abschiedenheit, sondern nach Gehör und Öffentlichkeit. Entsprechend wichtig wäre es heute für die dortigen Gemeinden, wieder uneingeschränkt über ihr Kirchengebäude verfügen zu können. Doch das vereiteln nun mangelnde Finanzen.

## Komplexe Nutzungs- und Finanzierungsstrategien entstehen

Daraus wird deutlich: Eine Kirchengemeinde, die sich von ihrem Kirchengebäude verabschiedet, gibt ihre Präsenz und damit auch ihre Relevanz in der *Öffentlichkeit* preis. Der Gottesdienst im „Hinterhof“ vermittelt Abschottung und Abgrenzung nach außen – und innen – und entfaltet mit der Zeit eine geradezu tödliche Wechselwirkung in der Beziehung zwischen Kirche und Gesellschaft. Demnach sind Kirchengemeinden wie kirchliche Institutionen in den alten Bundesländern auch nur davor zu warnen, sich durch Ab-

gabe von Kirchen und Rückzug ins Gemeindehaus von ihrer ständigen, zeichenhaften Präsenz zu verabschieden. In einer immer stärker von Symbolen geprägten Welt wäre dies ein geradezu leichtfertiger Verzicht auf den besten kirchlichen „Werbeträger“.

Immerhin haben sich in den letzten Jahren einige Landeskirchen und Diözesen in Verbindung mit diesbezüglich akut betroffenen Gemeinden auf den Weg begeben, *neue Nutzungs- und Finanzierungskonzepte* für Kirchengebäude zu entwickeln. Wesentliches Ziel war und ist es dabei, die Kosten für Gebäudeerhalt und -unterhalt nachhaltig zu senken. Gesucht wurde nach Möglichkeiten, Kirchen durch Schaffung erweiterter Nutzungsmöglichkeiten über den exklusiven gottesdienstlichen Gebrauch hinaus nutzbar zu machen.

Dadurch konnte in einigen Fällen die Gemeindegemeinschaft in die Kirche verlegt und das Gemeindehaus somit kostenreduzierend aufgegeben werden. Gleichzeitig konnten aber auch neue Veranstaltungsarten – insbesondere im Bereich der Kultur- und Gemeinwesenarbeit – für die Kirchengebäude gewonnen werden, die heute helfen, zusätzliche Einnahmen für den laufenden Unterhalt zu erschließen. Zunehmende Probleme bereitet bei solchen Modellen allerdings die Finanzierung meist umfänglich notwendiger Umbaumaßnahmen. Indes versuchen in jüngerer Zeit einige sehr ambitionierte Projekte, darauf mit der Entwicklung komplexer Nutzungs- und Finanzierungsstrategien zu reagieren.

Das gemeinsame Stichwort für solche – bislang überwiegend auf evangelischer Seite entwickelten – Konzepte lautet: Integration außerkirchlicher, öffentlicher wie privater Partner in die Nutzung und Finanzierung von Kirchengebäuden. Eines der interessantesten Beispiele stellt der 1991 bis 1995 vollzogene Umbau der Kirche „*Zum Heiligen Kreuz*“ in Berlin-Kreuzberg dar. Hier wurde ein monumentaler Kirchenbau des neunzehnten Jahrhunderts, dem aufgrund extrem zurückgehender Gemeindegliederzahlen schon in den siebziger Jahren die Aufgabe drohte, in ein multifunktional nutzbares Gemeinde- und Kulturzentrum für den gesamten Stadtteil umgestaltet; im riesigen Dachinnenraum fanden zudem Einrichtungen der Kirchenverwaltung Platz. Finanziert wurde dies unter erheblicher Beteiligung der Stadt Berlin, außerdem konnte etwa ein Drittel der Bauleistungen über ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erbracht werden.

Kultur- und Gemeinwesenarbeit, teils über Jahre schon im jetzt nicht mehr benötigten Gemeindehaus entwickelt und aufgebaut, sorgen nunmehr für eine intensive Nutzung des Kirchengebäudes, in deren Zentrum aber nach wie vor der sonntägliche Gottesdienst steht. Die Koordination leistet dabei ein professionell geführtes Kulturmanagement, das zugleich auch die zunehmende Vermietung der Kirche an

Fremdveranstalter abwickelt: Dabei reicht die Palette von Konzerten, Ausstellungen und Lesungen über Tagungen und Seminare bis hin zu Betriebsversammlungen, Feiern und Empfängen. Im Jahre 1998 konnten damit die Betriebskosten für das Gebäude vollständig erwirtschaftet und die Gemeinde somit finanziell erheblich entlastet werden.

Gleichfalls aufschlußreich ist der späte Wiederaufbau der kriegszerstörten *Stadtpfarrkirche St. Marien in Müncheberg (Mark)* nahe Berlin: Wurde dieser doch erst durch die Entwicklung und Umsetzung eines 1993 bis 1997 realisierten Mischnutzungs- und -finanzierungskonzeptes möglich. Dabei kamen Kirchengemeinde, Stadt und ein vor Ort gebildeter Förderverein nicht nur gemeinsam für die Finanzierung der Baumaßnahme auf, sondern diese sind nun auch gemeinschaftlich für Nutzung und Unterhalt des Gebäudes verantwortlich.

So ist dieses seit seiner Wiederherstellung – unter gleichzeitiger Errichtung eines insgesamt viergeschossigen Einbaus in einem Teilbereich des Kirchenschiffes – nunmehr sowohl für Gottesdienste und kirchliche Veranstaltungen als auch für Kultur, Tagungen und Kongresse geeignet. Hinzu tritt die Müncheberger Stadtbibliothek, die auf zwei Ebenen des Neueinbaus untergebracht wurde. Die Koordination dieser erkennbar unterschiedlichen Nutzungsanforderungen und -ansprüche wurde in die Hände einer Betriebsgesellschaft gelegt, die gemeinsam von Stadt, Kirche (mit je 40 Prozent Anteil) und Förderverein (20 Prozent) getragen wird.

Ein drittes, wiederum anders gelagertes Projekt befindet sich derzeit noch in der Umsetzung: Die Sanierung und Umgestaltung der *Kreuzeskirche in Essen*. Hier entschloß sich die zuständige Kirchengemeinde, ihr finanziell von ihr allein nicht mehr tragbares Kirchengebäude über die gottesdienstliche Nutzung hinaus der Gesamtbevölkerung als öffentliches Forum des Dialogs und der Begegnung zur Verfügung zu stellen. Daraus entstand mittlerweile der Verein „Forum Kreuzeskirche e. V.“, der nachfolgend die Organisation und Durchführung vielfältiger Veranstaltungen in der Kirche übernommen hat. Künftig soll dadurch ein beträchtlicher Anteil der Betriebskosten des Gebäudes erwirtschaftet werden.

Die Finanzierung der dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gelang durch die gleichzeitige Einsetzung eines Bauvereins, dem – begrenzt auf zunächst zehn Jahre – das Kirchengebäude zur Sanierung und Umgestaltung übertragen wurde: Nur so nämlich ließ sich eine Finanzkooperation mit außerkirchlichen Partnern einleiten. Zur tragenden Säule wurde dabei der sogenannte „Essener Konsens“, eine Beschäftigungsinitiative, die seit Jahren bemüht ist, Langzeitarbeitslose in die Gesellschaft zurückzuführen. Demgemäß finden über diese nun acht Arbeitslose pro Jahr an der

Helen Schüngel-Straumann

## Die Frau am Anfang

Eva und die Folgen

**Neuaufgabe**

Eva, die erste Frau in der Bibel, ist in unserer westlichen Kultur zum Symbol für die Unzuverlässigkeit von Frauen geworden, zur Verführerin, zur Ursache allen Übels. Noch heute bekommen Frauen die negativen Folgen dieser Geschichte zu spüren.

Diese lange frauenfeindliche Tradition hat aber ihre Wurzeln nicht in den biblischen Texten selbst, auf die sie sich beruft, sondern in deren spätantiker, frauen- und leibfeindlicher Interpretation. Aus diesem Grunde unterzieht diese Studie zunächst jene historischen Weichenstellungen einer kritischen Sichtung, die die Auslegung von Genesis 1–3 immer frauenfeindlicher werden ließen. Erst im Anschluß werden die Texte selbst analysiert. Zwar sind auch diese in einer patriarchalen Gesellschaft entstanden und müssen mit einem feministisch geschärften Auge gelesen werden. Die meisten jener für Frauen verheerenden Aussagen, die ihnen jahrhundertlang entnommen wurden, enthalten sie jedoch nicht.

Erich Zenger betont in seiner Besprechung der 1. Auflage (ThRev 87, 1991, 371), daß dieses Buch „zur Pflichtlektüre zumindest aller Theologen gehören müßte“. Es stelle ein für allemal klar, „daß die in feministischen Publikationen immer noch zu lesende These, das (jüdische) Alte Testament sei frauenfeindlich, viel zu pauschal ist.“

Helen Schüngel-Straumann ist Professorin für Altes Testament an der Universität-Gesamthochschule Kassel.

Exegese in unserer Zeit, Bd. 6, 128 S., 29,80 DM\*, br., ISBN 3-8258-3525-1  
\*unverbindliche Preisempfehlung

LIT Verlag Münster – Hamburg  
Greverer Str. 173, 48159 Münster  
Tel. 02 51/23 50 91, Fax 02 51/23 19 72

Kreuzeskirche Beschäftigung und werden dabei qualifiziert ausgebildet; die notwendige fachliche Unterstützung leisten Essener Handwerksbetriebe. Finanziert wird die Gesamtmaßnahme zu je einem Drittel durch das Arbeitsamt, das Landesministerium für Stadtentwicklung sowie die Essener Wirtschaft, die sich vor allem mit umfangreichen Sachleistungen einbringt.

Ganz so spektakulär wie diese Beispiele, die sich mindestens mit der ausschließlich übergemeindlichen Nutzung von *St. Petri in Lübeck*, der wochentäglich außerkirchlichen Vermietung von *St. Johannis in Hamburg-Altona* sowie dem laufenden Umbau der *Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain* zum „Ökologischen Zentrum“ noch fortsetzen ließen, sind diesbezügliche katholische Aktivitäten noch nicht. Gleichwohl gibt es auch hier zunehmend Bestrebungen, Gemeinden bei der Unterhaltung und Erhaltung ihrer Baulichkeiten durchgreifend zu entlasten: So wurde die *Dreifaltigkeitskirche in Bochum* schon in den siebziger Jahren in ein multifunktionales Gemeindezentrum verwandelt. Noch radikaler ging man mit der *Liebfrauenkirche in Duisburg-Bruckhausen* um, bei der man einen Teilabbruch vornahm: Das einstige Langhaus wurde zum offenen Atrium, das ein im ehemaligen Westteil der Kirche neu eingebautes Pfarrheim mit dem neuen, im früheren Chor und Querschiff angeordneten Kirchenraum verbindet.

## Zeichen jahrhundertalter Tradition und Identifikation

Und auch hier ließe sich die Liste weiter fortsetzen – bis hin zur aufsehenerregenden Neu-Nutzung von *St. Maximin in Trier*: Säkularisiert unter Napoleon, danach mit Geschoßeinbauten zur Kaserne mutiert, später im Chorteil zur Kirche zurückgebaut, kehrte sie schließlich – im Kasernenteil nun als katholische Schule genutzt – in kirchliche Obhut zurück. Als Mitte der siebziger Jahre dann auch die schulische Verwendung endete, begann die Suche nach einer neuen Nutzung: Einen Bedarf zur kirch-gemeindlichen Verwendung des riesigen Kirchenraumes, der im Zuge dringender Sanierungsmaßnahmen nun wieder freigeräumt wurde, gab es nicht. Endlich entstand das Konzept, *St. Maximin* zur kulturellen Nutzung sowie als Aula und Sporthalle für benachbarte kirchliche Schulen auszubauen. 1995 eingeweiht, finden darin von Zeit zu Zeit aber auch wieder Gottesdienste statt.

Insbesondere anhand der drei hier etwas ausführlicher dargestellten evangelischen Beispiele wird erkennbar, wie kompliziert sich die Entwicklung zukunftsweisender Nutzungs- und Finanzierungskonzepte für Kirchengebäude gegenwärtig darstellt. Unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt Schritte in diese Richtung gehen zu können, ist die Bereitschaft, Kirchen auf eine größere Öffentlichkeit hin zu öff-

nen. Denn nur so kann es gelingen, *außerkirchliche Finanzpartner* für kirchliche Sanierungs- und Umbauprojekte zu gewinnen. Dies jedoch ist unbedingt vonnöten; denn weder Landeskirchen und Diözesen noch die Gemeinden vor Ort sind in der Lage, die Mittel für Restaurierung und Instandhaltung ihrer Bauwerke künftig in ausreichendem Maße aufzubringen.

Kirchen indes sind mehr als Gottesdienststätten. Sie sind vielmehr Zeichen jahrhundertalter Tradition und Identifikation – und erreichen damit eine hohe, oft weit über die Institution Kirche hinausragende öffentliche Präsenz und Relevanz. Entsprechend hoch ist das *gesamtgesellschaftliche Interesse* an der Erhaltung dieser Bauten. Das sollte von Kirchenleitungen wie Gemeinden ernst und in Anspruch genommen werden, um so die Kirchengebäude in Stadt und Land nicht zuletzt auch zum eigenen Vorteil pflegen und bewahren zu können.

Denn gerade an den hier vorgestellten Beispielen ist erkennbar, daß sich eine gesellschaftsbezogene Öffnung von Gemeinden nicht nur finanziell „bezahlt“ gemacht hat. Nein: Hier wie auch bei anderen, vergleichbaren Projekten haben Kirche und Gemeinde einen ganz neuen Stellenwert in der Öffentlichkeit gewinnen können. Und gerade dies sollte Mut machen, auch anderenorts neue, innovative Wege zu beschreiten und damit der Begegnung zwischen Kirche und Welt auch auf Zukunft hin ausbaufähige Perspektiven zu eröffnen.

Dabei haben katholische Gemeinden auf den ersten Blick die Schwierigkeit, über Räume nachdenken zu müssen, die nach ihrem Verständnis und auch nach kanonischem Recht als heilig gelten. Alle Nutzungen, die mit der Heiligkeit des Ortes unvereinbar sind, schließen sich somit aus. Doch auch bei Protestanten gehen die Emotionen im Falle anstehender Veränderungen hoch, wird der Raum allem hier theologisch anderslautenden Verständnis zum Trotz als ein dem Profanen gegenüber besonderer, gewissermaßen entgrenzter aufgefaßt. Frühere Zeiten dachten demgegenüber viel freier: So waren beispielsweise mittelalterliche Kathedralen Gottesdienstort wie weltlicher Versammlungsraum.

Letzteres zeigt denn auch durchaus Perspektiven im künftigen Umgang mit Kirchenräumen auf. Es befreit jedoch keineswegs von der Pflicht, bei allen Überlegungen zur Nutzungserweiterung und -veränderung von Kirchen sowohl mit diesen wie den Menschen vor Ort äußerst einfühlsam und sensibel umzugehen: Neue Nutzungs- und Finanzierungskonzepte werden nämlich nur dann langfristig gelingen, wenn sie die ortsspezifischen Gegebenheiten schon bei der Planung hinreichend berücksichtigen und somit auch auf breiter Basis umgesetzt und verantwortet werden können.

Demgemäß gilt es, den Druck der Finanzen nicht als bedrückendes Problem, sondern als Anstoß und Herausforde-

rung zu Öffnung und Veränderung aufzufassen: Schließlich liegt darin eine Chance zur Entwicklung neuer Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Kirche und Welt. Dabei heißt es zugleich, die überkommenen Räume und ihre Möglichkeiten neu wahrnehmen und erfahren zu lernen, um sich von da aus mutig auf die Erprobung und später auf die dauerhafte Umsetzung neuer Nutzungsformen einlassen zu können. Ohne Zweifel bedürfen Gemeinden wie kirchliche Gremien

hierbei kompetenter und weitsichtiger Beratung und Unterstützung, sowohl von innen als auch von außen: Dazu zählen in erster Linie die kirchlichen Bauämter sowie im Kirchenbau versierte Architekten, künftig mehr und mehr aber auch neuartige, interdisziplinär arbeitende Beratungsinitiativen, die sich auf die Entwicklung zukunftsweisender Nutzungs- und Finanzierungskonzepte für Kirchengebäude spezialisiert haben. *Matthias Ludwig*

## Ethnisch-religiöse Konkurrenz überwinden

### Der Einsatz der Kirche für die Demokratisierung Nigerias

*Seit Mai dieses Jahres ist in Nigeria wieder ein demokratisch gewählter Präsident im Amt, und die Chancen für eine politische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung stehen nicht schlecht. Unter der Militärherrschaft hatte die katholische Kirche, obgleich nur eine, wenn auch starke, Minderheit im Land, im Einsatz für die Menschenrechte eine bedeutende Rolle gespielt. Adolf Wendel, Referent bei Misereor, beschreibt den unverzichtbaren Beitrag der Kirche für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft.*

Nigeria hat in Afrika Gewicht. Weniger wegen seiner Ausdehnung – hier liegt das Land mit knapp einer Million Quadratkilometern im Mittelfeld des Kontinents –, und auch nicht wegen seines wirtschaftlichen Potentials, das zwar nicht unerheblich ist, aber vor allem aus politischen Gründen bislang schlecht genutzt wurde. Was der ehemaligen britischen Kolonie mit ihren drei ethnischen Hauptgruppen Hausa, Yoruba und Igbo allein schon Gewicht verleiht, ist die Größe der Bevölkerung: Bereits heute ist jeder fünfte Afrikaner südlich der Sahara nigerianischer Staatsbürger. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von knapp drei Prozent wird sich an dieser demographischen Tatsache in den kommenden zwanzig Jahren auch nichts ändern. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, daß die Bevölkerung Nigerias im Zeitraum 1995 bis 2015 von 112 Millionen auf über 190 Millionen anwachsen wird.

So wundert es nicht, daß die politische Entwicklung des westafrikanischen Landes auch über die Region hinaus aufmerksam beobachtet wird. Wechselnde Militärregimes herrschten seit 1966 – mit Ausnahme der Jahre 1979 bis 1983 – in Nigeria. Die Mißwirtschaft und skrupellose Selbstbedienung der jeweiligen Machthaber haben das rohstoffreiche Land in dieser Zeit an den Rand des Ruins getrieben. Gleichzeitig haben Korruption und Menschenrechtsverletzungen Nigeria

politisch mehr und mehr ins Abseits gestellt. Zahlreiche Menschen sind vor der politischen Unterdrückung und dem wirtschaftlichen Niedergang ins Ausland geflüchtet.

Seit Ende Mai dieses Jahres ist nun wieder ein demokratisch gewählter Präsident im Amt, *Olusegun Obasanjo*. Der politische Wechsel war möglich geworden, nachdem im Juni 1998 der Diktator *Sani Abacha* plötzlich gestorben war. Wie Abacha von der eigenen Bevölkerung gesehen wird, zeigt sich am prägnantesten in dem Begriff, mit dem Nigerianer von seiner Regierungszeit sprechen: der „dunklen Zeit“. Im Ausland bleibt sein Name vor allem mit der Hinrichtung des Schriftstellers und Führers der Ogoni-Bewegung, *Ken Saro Wiwa*, und acht seiner Weggefährten im Jahr 1995 verbunden.

### Chancen für eine politische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung

Daß mit dem Tod Abachas jetzt auch Aussicht auf ein Ende der „dunklen Zeit“ besteht, ist mit ein Verdienst von Abachas Nachfolger, General *Aboubaka*, der sich von Anfang an für den Übergang zu einer Zivilregierung eingesetzt hat. So ermöglichte er im Januar und Februar dieses Jahres Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.